Gemeinsame Erklärung
zum Schutz und zur Sichtbarkeit jüdischen Lebens
in Charlottenburg-Wilmersdorf

Antisemitismus hat in Charlottenburg-Wilmersdorf keinen Platz, egal aus welcher Richtung er kommt. Wir schützen das jüdische Leben im Bezirk, das hier mit Gemeindehäusern, Synagogen und vielen weiteren Einrichtungen der Gegenwart und Erinnerungsorten der Vergangenheit wie dem Walter-Benjamin-Platz oder der alten Mikwe in der Bleibtreustraße besonders präsent ist. Vor dem Zweiten Weltkrieg hatten die damals noch getrennten Bezirke Charlottenburg und Wilmersdorf den höchsten Anteil jüdischer Bevölkerung. Unser heutiger Bezirk war damit das wichtigste Zentrum jüdischen Lebens in Deutschland. Das Mahnmal Gleis 17, unsere Stolpersteine und die vielen Gedenktafeln, die an den Terror und die Gewalt des NS-Regimes erinnern, zeugen von der kollektiven Grundeinstellung in Charlottenburg-Wilmersdorf, die Verbrechen an unseren damaligen Mitbürger*innen nie vergessen zu wollen.

Wir sehen es als unsere Aufgabe und unsere Pflicht, die Gedenkkultur an diese zerstörte Vielfalt aufrechtzuerhalten und daran weiterzuarbeiten, indem wir uns für laufende Projekte weiterhin einsetzen und die bestehende Vielfalt stärken. Auch heute ist Charlottenburg-Wilmersdorf das unbestrittene Herzstück jüdischer Einrichtungen und Erinnerungsorte in der ganzen Stadt. Diese Kontinuität gilt es zu bewahren und zu verteidigen. Unsere Aufgabe ist es, jüdisches Leben weiter wachsen zu lassen. Unsere Bezirksverordneten, die Mitglieder des Bezirksamtes und die Zählgemeinschaft tragen daher eine besondere Aufgabe und Verantwortung. Wir stehen für einen Bezirk, in dem jegliche Form von

- Gewalt und Einschüchterung,
- Terror oder Terrorverharmlosung, z. B. die Verharmlosung des Terroranschlags vom 7. Oktober 2023,
- Verschwörungstheorien,
- Antisemitismus, darunter auch israelbezogener Antisemitismus,
- Hetze gegen das Sichtbarmachen jüdischen Lebens, z. B. das Tragen des Davidsterns oder der Kippa,
- und Relativierung des Holocaust,

absolut inakzeptabel ist. Jüdinnen und Juden müssen ihre Religion, Sprache und Zugehörigkeit sicher, sichtbar und selbstbestimmt leben können.

In unserem Bezirk stehen wir für eine Politik des Zusammenkommens, Empathie und Differenziertheit. Wir spielen menschliches Leid der verschiedenen Communities nicht gegeneinander aus. Über internationale Konflikte darf und muss offen gesprochen werden können. Wir lassen aber nicht zu, dass Konflikte im Nahen Osten in unserem Bezirk ausgetragen werden und hier lebende Jüdinnen und Juden für das Handeln der israelischen Regierung kollektiv haftbar gemacht werden.

Wir setzen uns daher für eine offene und differenzierte öffentliche Debatte in unserem Bezirk ein, die verschiedene Perspektiven zulässt, ohne Extremismus oder Fundamentalismus zu fördern. Wir differenzieren zwischen Aussagen, die uns nicht gefallen mögen, aber im Zuge der Meinungsfreiheit zulässig und zu diskutieren sind, und jenen strafrechtlich relevanten oder menschenverachtenden Aussagen. Die Kriminalisierung friedlicher politischer Meinungsäußerungen lehnen wir ab, ebenso wie die Verherrlichung von Gewalt und Terror.

Das Existenzrecht Israels ist für uns unverhandelbar. Das Massaker der Hamas und anderer terroristischer Gruppen vom 7. Oktober 2023 verurteilen wir unmissverständlich. Bis heute leiden Menschen sowohl in Israel als auch ihre Angehörigen in Berlin unter der Angst vor Angriffen. Auch berechtigte Kritik an Handlungen der israelischen Regierung gegenüber der palästinensischen Bevölkerung rechtfertigt keine antisemitischen Handlungen.

Wir stehen für eine Zwei-Staaten-Lösung, die sowohl Israels Sicherheit als auch die Selbstbestimmung der palästinensischen Bevölkerung ermöglicht. Verstöße gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte benennen wir klar. Wir nehmen das Leid, die Not und die Zerstörung, denen die palästinensische Zivilbevölkerung in Gaza und der West Bank ausgesetzt ist, ernst. Auch in Charlottenburg-Wilmersdorf prägen die Angst um Angehörige und verhärtete Debatten das Zusammenleben.

In unseren internen regelmäßigen Abstimmungsrunden werden wir sicherstellen, dass die Grundsätze dieser Vereinbarung gewahrt und umgesetzt werden und sich in unserem politischen Handeln wiederfinden.

Konkrete Maßnahmen werden wir in unserer Zählgemeinschaftsvereinbarung festhalten.

Die unterzeichnenden Parteien und Fraktionen stimmen der Veröffentlichung dieser Vereinbarung zu.

Berlin, den 08.11.2026

Johanna Golissa (Kreisvorstandsmitglied Bündnis 90/Die Grünen)	Kyla Grigoleit (Bezirksvorsitzende Die Linke)	Heike Schmitt-Schmelz (Kreisvorsitzende SPD)
Pablo Klein Araya (Kreisvorstandsmitglied Bündnis 90/Die Grünen)	Johannes Kolleck (Bezirksvorsitzender Die Linke)	Timur Sarić (Kreisvorsitzender SPD)
Anna Melnik (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen)	Annetta Juckel (Fraktionsvorsitzende Die Linke)	Claudia Spielberg (Fraktionsvorsitzende SPD)
Sebastian Weise (Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen)	Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Fraktionsvorsitzende Die Linke)	Kai Bodensiek (Stellv. Fraktionsvorsitzender SPD)